

AntragFraktionen SPD und Bündnis 90/Die
GrünenUrsprung:
Antrag, Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Mitzeichnungen:Beratungsfolge:
14.08.2019 BVV

BVV/025/VIII

Betreff: Kulturstandort Freilichtbühne Weißensee sichern und weiterentwickeln**Die BVV möge beschließen:**

Die Freilichtbühne Weißensee ist ein bedeutender und beliebter Kulturstandort in Pankow mit bezirksübergreifender Bekanntheit. Die denkmalgeschützte Freilichtbühne ist als Kulturstandort im Interesse des Bezirks zu sichern und programmatisch weiterzuentwickeln.

1. Das Bezirksamt wird ersucht, zur langfristigen Sicherung und Weiterentwicklung der Freilichtbühne Weißensee die Liegenschaft der Freilichtbühne in das Fachvermögen Kultur aufzunehmen.
2. Die Bezirksverordnetenversammlung unterstützt das Konzept des „Freunde der Freilichtbühne Weißensee e.V.“ hinsichtlich der Vielfalt an kulturellen Darbietungen für unterschiedliche Zielgruppen und spricht sich für eine regelmäßige kulturelle Bespielung der Freilichtbühne Weißensee aus.
3. Das Bezirksamt wird ersucht, den Mietvertrag für die Freilichtbühne Weißensee mit dem „Freunde der Freilichtbühne Weißensee e.V.“ bereits jetzt um mindestens weitere 5 Jahre zu verlängern. Damit sollen die derzeitigen Betreiber*innen Planungssicherheit für die weitere Profilbildung der Bühne erhalten sowie eine Basis, um Fördermöglichkeiten, z. Bsp. hinsichtlich Schallschutzmaßnahmen, in Anspruch nehmen zu können.
4. Das Bezirksamt wird ersucht, die Betreiber*innen bei der Entwicklung der Veranstaltungstätigkeit zu begleiten.
5. Das Bezirksamt wird ersucht, gemeinsam mit den Freunden der Freilichtbühne Weißensee einen partizipatorischen Bürger*innendialog zu ermöglichen. Dieser soll die Bespielung und Programmgestaltung der Freilichtbühne vor dem Hintergrund des Bedarfs der Bevölkerung und des Lärmschutzes thematisieren.
6. Weiter soll geprüft werden, welche Schallschutzmaßnahmen im Einklang mit denkmalschutzrechtlichen Vorgaben vorgenommen werden können. Dazu soll es auch fachkundige Institutionen, wie die Club Commission Berlin heranziehen, um geeignete Schallschutzmaßnahmen zu identifizieren sowie die Anwendung neuer technologischer Möglichkeiten zur Lärmvermeidung und -steuerung zu

ermöglichen. Für die Umsetzung von Schallschutzmaßnahmen sind finanzielle Ressourcen zu akquirieren. Hierzu sind Drittmittel zu beantragen.

Berlin, den 06.08.2019

Einreicher: Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Einreicher: SPD-Fraktion, gez. BV Stephanie Wölk, BV Roland Schröder; Fraktion Bündnis90/Die Grünen, gez. BV Dr. Cordelia Koch, BV Dr. Oliver Jütting, BV Dr. Verena Sich

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Freilichtbühne Weißensee ist seit den 1950er Jahren eine über den Ortsteil Weißensee hinaus bekannte Kulturstätte. In den vergangenen Jahrzehnten eingebunden z.B. in das Weißenseer Blumenfest bot sie ein Veranstaltungsprogramm, das sich durch eine reiche Vielfalt auszeichnete. Konzerte mit bekannten Rockgruppen und Künstler*innen, Familienprogramme sowie ein auserlesenes Kinoprogramm zogen viele Besucher*innen an.

Derzeit wird die Freilichtbühne (Große Bühne bzw. Kleine Bühne hinter der Freilichtbühne) als Sommer-Open-Air-Kino und als Ort für andere Kulturveranstaltungen, insbesondere Kindertheater und Puppentheater, genutzt. Die seit 2014 am Ort engagierten „Freunde der Freilichtbühne Weißensee“ möchten die Weißenseer Freilichtbühne mit einem besonderen Konzert- und Familienprogramm für den Kiez, aber auch für die gesamte Stadt Berlin zu einem attraktiven Kulturort mit eigenständigem Profil erhalten und weiterentwickeln. Der aktuelle Pachtvertrag mit dem Bezirk läuft jedoch Ende 2021 aus, die Nutzung der Großen Bühne ist seit Jahren aufgrund von Lärmschutzvorschriften eingeschränkt. Die fehlende längerfristige Planungsperspektive steht Investitionen und der Gewährung von Fördermitteln, zum Beispiel in/für Schallschutzmaßnahmen, entgegen.

Die „Freunde der Freilichtbühne Weißensee“ engagieren sich ehrenamtlich mit großem Enthusiasmus für diese so idyllisch in Seenähe gelegene kulturelle Anlage und benötigen dringend Unterstützung bei der Weiterentwicklung des Ortes.

Die in Weißensee durchgeführte Ortsteilkonferenz offenbarte ein großes Interesse der Weißenseer*innen an der Sicherung und Weiterentwicklung des Kulturstandortes Freilichtbühne.

Angesichts des zunehmenden Verlusts von Räumen für kulturelle Nutzungen im Bezirk und berlinweit, u.a. durch zu hohe Mieten oder Nutzungsänderung in Wohnzwecke, ist es im Interesse des Bezirks, das traditionsreiche, denkmalgeschützte Kleinod „Freiluftbühne Weissensee“ im Eigentum des Bezirks zu halten und als (niedrigschwelligen) Kulturstandort zu sichern.

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

14.08.2019 BVV

BVV/025/VIII

Betreff: Pankow erklärt den Klimanotstand**Die BVV möge beschließen:**

Die BVV Pankow stellt fest, dass die globale Klimakrise auch die Stadt Berlin und damit den Bezirk Pankow erreicht hat und erklärt für den Bezirk Pankow den Klimanotstand. Die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen ist eine Aufgabe von höchster Priorität. Die BVV Pankow bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Die BVV Pankow sieht vor allem bezirkliche Handlungsmöglichkeiten durch

- die Nutzung regenerativer Energie und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung in bezirklichen Gebäuden und Gebäuden die vom Bezirk genutzt werden,
- die Umsetzung einer klimagerechten, energiesparenden Raum- und Bauleitplanung,
- die umweltverträgliche Verkehrsentwicklung mit dem Ziel der Verkehrsvermeidung, Förderung des ÖPNV und umweltschonender Verkehrsmittel,
- ein kommunales Energiemanagement und die Förderung energieeffizienter Investitionen,
- die umweltfreundliche Beschaffung sowie Abfallvermeidung sowie
- eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und Beratung im Sinne des Klimaschutzes, mit dem Ziel Bürger und Privatwirtschaft zu sensibilisieren und zu motivieren, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten

Zur konkreten Umsetzung der vorgenannten Handlungsmöglichkeiten beschließt die BVV Pankow die folgenden Punkte:

- a. Bei allen Vorlagen der BVV Pankow wird die Rubrik „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ mit den Auswahlmöglichkeiten „positiv“, „keine“ und „negativ“ als Pflichtbestandteil eingeführt. Wird die Auswirkung mit „negativ“ eingestuft, muss die jeweilige Auswirkung ausführlich dargestellt und die zwingende Erforderlichkeit des Beschlusses begründet werden, damit die BVV vor einer Entscheidung die negativen Auswirkungen auf das Klima einschätzen und abwägen kann.
- b. Alle Entscheidungen des Bezirksamtes sind auf ihre Auswirkungen auf das Klima zu prüfen und unter die Prämisse einer bestmöglichen Klimaverträglichkeit zu stellen.

- c. Das Bezirksamt wird ersucht ein Klimaschutzkonzept für den Bezirk Pankow zu erstellen, in dem bezirklichen Klimaschutzziele klar definiert und Verfahrensschritte zu deren Umsetzung aufgezeigt werden. Dazu gehören beispielsweise die klimaneutrale Energieversorgung von Neubauten und auch Bestandsgebäuden, ein Mobilitätsmanagement für den Bezirk und die Standorte des Bezirksamtes sowie ein Energiemanagement für Gebäude im bezirklichen Fachvermögen.
- d. Die BVV Pankow ersucht das Bezirksamt, jährlich der BVV Pankow und der Öffentlichkeit über die Maßnahmen, Fortschritte und Schwierigkeiten zur Verringerung der Treibhausgasemissionen sowie zur Umsetzung des bezirklichen Klimaschutzkonzeptes öffentlichkeitswirksam zu berichten.
- e. Die BVV Pankow fordert andere Bezirke, die Stadt Berlin, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, ebenfalls den Klimanotstand auszurufen und jeweiligen Handlungsmöglichkeiten für den Klimaschutz zu ergreifen.
- f. Die BVV Pankow fordert kommunalen Unternehmen dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten für den Klimaschutz auseinanderzusetzen und die BVV Pankow über Ihre Aktivitäten zum Klimaschutz zu informieren.

Berlin, den 07.08.2019

Einreicher: Fraktion der SPD
Gregor Kijora, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

- _____ beschlossen
- _____ beschlossen mit Änderung
- _____ abgelehnt
- _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

- _____ einstimmig
- _____ mehrheitlich
- _____ Ja-Stimmen
- _____ Gegenstimmen
- _____ Enthaltungen

federführend

- _____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Klimakrise ist auch in Pankow allgegenwärtig. Steigende Temperaturen, tropische Nächte, dauerhaft anhaltende Trockenheit, extreme Starkregenereignisse mit Gewitter und Hagel sowie immer weniger echte Wintertage geben nur die für alle offenkundig wahrnehmbaren Veränderungen der Klimakrise in Berlin wieder. Zu Recht geht dagegen eine junge Generation demonstrierend auf die Straße, denn es ist vor allem ihre Zukunft, die durch heutiges Nicht-Handeln in Frage gestellt wird. Sie fordern von den in der Verantwortung stehenden Personen und Institutionen, die notwendigen Veränderungen ein, damit ihre und auch unser aller Zukunft noch eine ist.

Nahezu alle Wissenschaftler*innen weisen auf die Folgen der weiteren Erderwärmung hin und warnen vor einer nahenden Unumkehrbarkeit von Umwelt- und Klimabedingungen. Immer wieder wird aus Politik und Verwaltungen darauf verwiesen, dass es internationale Lösungen und bundesweite Standards geben muss. Vereinzelt wurden derartige Vereinbarungen sogar erwirkt. Den manchmal sogar vielversprechenden Vereinbarungen, folgen jedoch nur selten Taten, die eine ähnliche Aufmerksamkeit verdienen. Entscheidende Veränderungen wurden weder vereinbart noch erreicht.

Entgegen verkündeter und vereinbarter Ziele ist der Energieverbrauch in Deutschland zuletzt nicht zurückgegangen. Im Gegenteil: die Nachfrage nach immer mehr Energie scheint immer weiter zu steigen. Wenn aber weder die staatlichen Institutionen noch die Wirtschaft oder die privaten Haushalte ihre Verhaltensweisen ändern, können die wesentlichen und wichtigen Klima- und Umweltziele nicht erreicht werden. Angesichts der immer mehr drängenden Zeit ist nicht davon auszugehen, dass internationale Abkommen oder auch bundesweite Regelungen rechtzeitig zu Tragen kommen werden. Unabhängig davon ist es sinnvoll, angemessen und erforderlich, dass der Bezirk Pankow einen eigenen Weg beschreitet und damit einen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Mit dem vorliegenden Beschluss sollen eine klare politische Positionierung erfolgen und die ersten Schritte in Form einer Selbstbedingung und eines Klimaschutzkonzeptes auf den Weg gebracht werden.

Tatsächlich ist das Ausrufen des kommunalen Klimanotstandes ein in erster Linie symbolischer Akt, da den Gemeinden und Kommunen die Kompetenzen fehlen weitreichende Gesetze zum Klimaschutz zu erlassen. Dies bedeutet aber nicht, dass Kommunen nicht in der Lage sind einen eigenen Teil zum Klimaschutz beizutragen.

Pankow soll daher mit gutem Beispiel in Berlin vorangehen und symbolisch wie auch aktiv den Klimaschutz zum Primat der eigenen Politik erklären. Dies soll insbesondere die Bereiche Hoch- und Tiefbau, Energiebeschaffung, Verkehrsplanung, Abfallwirtschaft- und Vermeidung, Konzeption und Bewirtschaftung von Grünflächen und Nachhaltigkeit in allen bezirklichen Bereichen betreffen.

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
14.08.2019 BVV

BVV/025/VIII

Betreff: Den Mauerpark mit allen baulichen und pflanzlichen Bestandteilen als einmaliges historisches Kulturzeugnis schützen und pflegen!

Die BVV möge beschließen:

In Zusammenhang mit dem westlichen Teil des zukünftig fertiggestellten Mauerparks, aus der Hand eines Entwurfsverfassers, ergibt sich ein für Berlin außergewöhnliches Beispiel einer über 25 Jahre gewachsenen, soziokulturellen Parkanlage der frühen Zeit des Zusammenwachsens der beiden zuvor getrennten Teile der Stadt. Die bauzeitliche Substanz der Relikte aus dem 19. und 20. Jahrhundert sowie die Einschätzung des gartenkünstlerischen und städtebaulichen Wertes der Parkanlage sollen dauerhaft erhalten und nur behutsam im Sinnes des Charakters der Gesamtanlage weiterentwickelt werden.

Die BVV Pankow ersucht daher das Bezirksamt auf zum Schutz der Substanz den Mauerparks gemäß folgenden Zielvorgaben vorzugehen:

- a. Die Reparatur und die Anpassung des Mauerparks an Bedürfnisse einer barrierefreien Mobilität muss den Vorrang des Bestandes der authentischen Substanz respektieren und Lösungen finden, die mit kleinen Eingriffen oder Ergänzungen Möglichkeiten zur Querung der Schwedter Straße ohne Barrieren möglich macht. Das historische Pflaster der Schwedter Straße ist als Teil des Kulturgutes Mauerpark zu reparieren und zu bewahren. Glatte Nord-Süd-Durchquerungen und somit eine bequemere Befahrbarkeit sind im neuen Parkteil am westlichen Rand schon ab 2020 möglich.
- b. Die originale Hinterlandmauer oder gar ganze Teilbereiche des Mauerparkhanges am Rand des großen Stadions im Friedrich-Ludwig-Jahn-Sport-Parks dürfen nicht durch die Bauarbeiten des Stadionersatzneubaus gefährdet werden.

Berlin, den 07.08.2019

Einreicher: Fraktion der SPD
Roland Schröder, Mike Szidat

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Der Mauerpark ist ein mit Leben erfülltes und noch recht junges Beispiel der Gartenkunst in Berlin auf historischem Boden. In diesem Jahr kommen hier einige wiederkehrende Ereignisse zusammen:

130 Jahre alt wird das unverändert liegende Reihensteinpflaster und die Bordsteine der Schwedter Straße im Park als Zeugnis der Entstehung des Prenzlauer Berges und des Güterbahnhofes der Nordbahn und somit als erste befestigte Straße auf der ehemals "Verlorener Weg" benannten Verbindung in diesem Bereich. Der aus originale Schichtaufbau und der sehr hochwertigen Oberfläche aus ebenen, hellgrauen und rötlichen Granitpflaster bestehenden Belag ist bewusst in die Gestaltung des Mauerparks einbezogen worden.

Genau 58 Jahre ist es her, dass die Schwedter Straße zur Grenzlinie und der heutige Mauerpark zum Grenzgebiet zwischen Ost- und West-Berlin wurden. Bis heute zeigen die Einpflasterungen im originalen Pflasterbelag nachvollziehbar die Standorte der ersten Betonpfosten mit Stacheldraht vom August 1961, wie es sonst in Berlin nicht zu finden ist.

Seit 30 Jahren ist der Wunsch an dieser Stelle der ehemaligen Teilung Wirklichkeit geworden, einen verbindenden Park an Stelle der Berliner Mauer auch als Erinnerungsstätte und lebendigem Ort mit seinen geschichtlich sprechenden Bestandteilen zu schaffen.

25 Jahre existiert der Mauerpark als gartenkünstlerisches Werk von Professor Gustav Lange und wurde realisiert durch die Allianz-Umweltstiftung, den Senat von Berlin sowie durch die Grün Berlin.

Gerade die Entdeckung der Pflasterstraße in ganzer Länge unter dem Sand des ehemaligen Grenzstreifens in der Realisierungsphase und die Veränderung des Entwurfs wegen dieser Funde durch Professor Lange selbst und der dadurch möglichen Verbindung von Parkentwurf und historischen Spuren macht den Mauerpark zu einem schützenswerten Zeugnis der Berliner Gartenkultur.

Antrag

BV Johannes Kraft (Fraktion der CDU), BV Matthias Zarbock (Linksfraktion), BV Roland Schröder (Fraktion der SPD) für Bürger_innen

Ursprung:
Antrag, BV Johannes Kraft (Fraktion der CDU), BV Matthias Zarbock (Linksfraktion), BV Roland Schröder (Fraktion der SPD) für Bürger_innen
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

14.08.2019 BVV

BVV/025/VIII

Betreff: Karow ist schön und soll es auch bleiben!

Die BVV möge beschließen:

Die Rahmenplanung Karow wird nur unter folgenden Prämissen ausgeführt:

1. Eine leistungsfähige Erschließung des Berliner Nordostens für den öffentlichen Personennahverkehr und den Autoverkehr wird vor dem Beginn jedweder Baumaßnahmen umgesetzt.
2. Das massive Schichtenwasserproblem im Bereich der Panke-Niederung wird für ganz Karow vor Baubeginn gelöst.
3. Die Planungen sehen eine maximale Geschossflächenzahl (GFZ) $< 0,8$ bei einer Grundflächenzahl (GRZ) $< 0,3$ vor. Die Geschosshöhen sind dabei in den direkt an die bestehende Bebauung angrenzenden Gebieten auf maximal zwei Vollgeschosse beschränkt. Im Abstand von mindestens 50 Metern zur Bestandsbebauung kann die Geschosshöhe auf maximal vier Vollgeschosse erhöht werden.

Berlin, den 07.08.2019

Einreicher: BV Johannes Kraft (Fraktion der CDU), BV Matthias Zarbock (Linksfraktion), BV Roland Schröder (Fraktion der SPD) für Bürger_innen für
Elke Großmann, Julia Huschke, Anke Benndorf, Dr. Alexander Scheuerlein, Wolfgang Geißler, Joshua Liese (Anwohnervertreter im Beirat der Rahmenplanung Karow)

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Rahmenplanung, unterstützt durch einen Beirat aus Verwaltung, Politik, Akteuren und Anwohnern, hat trotz der Beteiligung von Anwohnern kein akzeptables und umfassendes Ergebnis erzielt.

Die Verkehrslösung für den Raum Nord-Ost wurde aus dem Prozess der Rahmenplanung herausdefiniert. Bei Ansiedlung weiterer Menschen in Karow und dem Nordosten Pankows (laut Wohnungsbaukonzept Pankow insgesamt fast 90.000 zusätzliche Einwohner, zusätzlich zur wachsenden Anzahl von Pendlern aus Brandenburg), endet die bereits jetzt schon katastrophale Verkehrssituation im Nordosten Berlins jedoch in einem Verkehrsinfarkt.

Die Analyse der Schichtenwasserthematik wurde auf die geplanten Neubaugebiete reduziert, die Auswirkungen auf die Bestandsgebiete Karows jedoch nicht in die Lösungsansätze einbezogen.

Die Anzahl der geplanten Wohnungen wurde nicht in Abhängigkeit von den örtlichen Gegebenheiten (z.B. ortsverträgliche Bebauungsdichte) bzw. der zu planenden Infrastruktur (z.B. ausreichend leistungsfähige Verkehrslösung) bestimmt, sondern vorab ohne eingehende Analyse derselbigen festgesetzt.

Forderungen:

Die Verkehrsproblematik ist zu lösen VOR der Bebauung der Planungsgebiete.

Wir fordern die Sicherstellung von zeitsparenden Arbeitswegen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, also die kurz- und langfristige Stärkung des ÖPNV als ökonomisch und ökologisch sinnvolle Mobilität der Zukunft. Der Bau kreuzungsfreier Verkehrsmittel des ÖPNV, insbesondere neue S- und U-Bahn-Linien, die schnelle, stressfreie Verbindungen in die Stadtmitte gewährleisten und der maßvolle Ausbau von Engpässen im PKW- und Radverkehr sind durch Senat und Bezirk zu initiieren und umzusetzen.

Die Schichtenwasserproblematik ist zu lösen VOR der Bebauung der Planungsgebiete.

Der Großteil der Karower führt bereits jetzt einen permanenten, kostenintensiven Kampf gegen das Schichtenwasser. Die Bebauung der Planungsgebiete wird diese Situation durch Grundwasser-Verdrängung und Versiegelung der Ausgleichsflächen verschärfen. Vor jeglicher Bebauung in großem Maßstab muss das Thema systematisch und nachhaltig gelöst sein.

Die ortsverträgliche Begrenzung der Bebauungsdichte und -geschossigkeit ist sicherzustellen. Unverhältnismäßige Bauhöhen und -dichten werden in der bestehenden Karower Anwohnerschaft keine Akzeptanz finden. Der dörfliche Charakter ist zu erhalten, da dieser für Karow identitätsstiftend ist.

Eine hohe Qualität der Bebauung verhindert Fluktuation und fördert dadurch die gesellschaftliche Vernetzung von Alt- und Neu-Karowern. Auch bieten die Karower Planungsgebiete die Chance zur Förderung von Wohneigentum für einkommensschwache Familien (z.B. durch Einbezug von Genossenschaften), um Altersarmut entgegenzuwirken. Darüber hinaus stärkt dies die Identifikation mit dem Wohnort.

Das Ziel ist ein gemeinschaftliches, sozialverträgliches Karow mit einer nachhaltig hohen Lebensqualität für alle Karower!

Antrag

Fraktion der SPD, Linksfraktion

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD, Linksfraktion
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
14.08.2019 BVV

BVV/025/VIII

Betreff: Sauberkeit an allen Pankower Grund- und Oberschulen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht ab dem Schuljahr 2019/2020 grundsätzlich an allen Pankower Grundschulen, während der Schulzeit täglich, eine zweite Reinigung (Zwischenreinigung) und an allen Pankower Oberschulen diese nach Bedarf durchzuführen. Der Bedarf ist dabei nicht einmalig, sondern jährlich zu ermitteln.

Berlin, den 06.08.2019

Einreicher: Fraktion der SPD, Linksfraktion
SPD-Fraktion: Gregor Kijora, Roland Schröder
Linksfraktion: Dr. Jaana Stiller, Matthias Zarbock

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Alle Pankower Grundschulen sind überbelegt. Dieser Trend entwickelt sich seit einigen Jahren und nimmt stetig zu. Bis zur Fertigstellung aller avisierten Schulneubaumaßnahmen und Erweiterungen, wird diese Überbelegung Bestand haben.

Folge der Überbelegung der Pankower Grundschulen ist eine verstärkte Nutzung, höherer Verschleiß und eine deutlich stärkere Verschmutzung der Schulen.

Dieser Trend wurde in Pankow bereits erkannt. Dementsprechend hat die BVV Pankow mit der Drucksache VIII-0303 eine Zwischenreinigung nach Bedarf beschlossen. Diesem Beschluss wird aber aktuell, insbesondere aus haushälterischen Gründen, nicht umfänglich nachgekommen.

Mit diesem Antrag wird das Bezirksamt aufgefordert eine Zwischenreinigung grundsätzlich ab sofort an allen Pankower Grundschulen vorzunehmen.

Außerdem erreicht die Überbelegung von Schulen nun auch die Pankower Oberschulen. Dementsprechend ist zu prüfen in welchen Oberschulen im Bezirk eine Zwischenreinigung nötig ist und diese an den betreffenden Schulen durchzuführen. Die Bedarfsermittlung an den Oberschulen wird jährlich durchgeführt.

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
14.08.2019 BVV

BVV/025/VIII

Betreff: Stedingerweg für den Durchgangsverkehr schließen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

zu prüfen, ob und wie eine Sperrung des Stedingerweg an der Kreuzung Sigridstraße für den motorisierten Individualverkehr (MIV) erfolgen kann.

Bei Vorliegen eines positiven Prüfergebnisses ist die Sperrung vorzunehmen und sollte zu deren wirksamen Durchsetzung auch baulich mittels Poller o. ä. erfolgen.

Die entsprechende straßenverkehrsbehördliche Anordnung sollte hierbei zunächst auf ein Jahr zeitlich befristet werden, um im Zuge der Auswertung über weiterreichende Maßnahmen bzw. der Beibehaltung der Sperrung zu entscheiden.

Berlin, den 06.08.2019

Einreicher: Fraktion der SPD
Mike Szidat, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Der Stedingerweg, gelegen in einem reinen Wohngebiet, wird in einem für dieses Gebiet völlig unverträglichen Maße als Umgehung der Kreuzungen Storkower Str./Landsberger Allee sowie Storkower Str./Kniprodestr. genutzt. Neben der Lärm- und Verkehrsbelästigung der Anwohner*innen, liegt hier insbesondere auch eine Gefährdung der Schulwegsicherheit vor, befindet sich doch unmittelbar an der Kreuzung Stedingerweg/Sigridstraße die Grundschule im Blumenviertel.

Andere verkehrsbehördliche Maßnahmen (Schilder „Tempo 30“, „Achtung Kinder“ etc.) sind nicht geeignet, um den rücksichtslosen Schleichverkehr zu beenden. Dies wurde u. a. im Frühjahr 2019 deutlich, während einer aufgrund von Bauarbeiten angeordnete temporäre Einbahnstraßenregelung regelmäßig vom MIV missachtet wurde. Darüber hinaus ist der VzK zur Drs. VIII-0512 zu entnehmen, dass entsprechende Maßnahmen seitens des Bezirksamts - z.T. in Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse vor Ort - nicht beabsichtigt sind.

Die positiven Auswirkungen einer solchen Sperrung kann beispielgebend in der seit 2008 für den Durchgangsverkehr gesperrten Ibsenstraße (an der Kreuzung Stavangerstraße) beobachtet werden. Hier konnten mit einem geringen baulichen Aufwand eine deutliche Verkehrsberuhigung und Erhöhung der Schulwegsicherheit erreicht werden.